



Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

5. Sitzung 2011

vom Montag, 20. Juni 2011, 19.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzende

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin

Anwesend

47 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber

Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen und Liegenschaften

Marco Andreoli, Leiter Sektion Finanzen

Matthias Mundwiler, Controller

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Irene Bugmann Oelhafen, Einwohnerrätin

Christian Dubs, Einwohnerrat

Micha Siegrist, Einwohnerrat

Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	183
2. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 (anstelle von Stefan Steul)	184
3. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts für	185
3.1 Hussein, Muhamad Abdulla Hussein , geb. 1977, irakischer Staatsangehöriger	
3.2 Olivadese, Franco , geb. 1974, italienischer Staatsangehöriger	
3.3 Eicken, Ulrich , geb. 1960, und seine Ehefrau Eicken geb. Herzhauser, Susanne , mit den Kindern Eicken, Jonathan Benjamin , geb. 1995, und Eicken, Rafael David , geb. 2000, alle deutsche Staatsangehörige	
3.4 Reichert, Rolf , geb. 1972, deutscher Staatsangehöriger	
3.5 Rezazadeh Dehagani, Behnam , geb. 1970, iranischer Staatsangehöriger	
4. Anfragen: keine	---
5. Politikplan 2011 - 2015	187
6. Nachtragskredite 2011, 1. Serie	201

62. Mitteilungen

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich begrüsse alle hier im Saal und auf der Tribüne anwesenden Personen ganz herzlich zur 5. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr. Ich bedanke mich im Voraus für faire, kurze und sachliche Voten. Zuerst dürfen wir Werner Schib zur Geburt seiner Tochter Mona Renate ganz herzlich gratulieren, welche genau während der letzten Einwohnerratssitzung zur Welt gekommen ist. Wir wünschen euch als kleine Familie alles Gute. Seit der letzten Sitzung habe ich den Einwohnerrat an folgenden Anlässen vertreten: Die Telli einst und jetzt: 40 Jahre nach dem Spatenstich – im ersten Stock des Telli Einkaufszentrums sind Bilder zu diesem Thema ausgestellt; Entwicklungskonferenz 'Altstadt Aarau'; Jubiläumsfesttage vom KIFF auf der Aarauer Pferderennbahn – dazu liegen Stofftaschen "London – Paris – New York – Aarau" zum Mitnehmen bereit; Anlass der Elterngruppe Aarau der Kinderkrebshilfe zusammen mit dem Speedminton Club Gekkos und der Rohrholbe Chuchi Rohr in der Auenhalle – Käthi Geiser hat dort im Auftrag des Einwohnerrates eine Grussbotschaft überbracht; Eröffnung Geoweg der Alten Kantonsschule Aarau sowie gestern die Aarauer Pferdesporttage 2011. Der Stadtweibel wird allen den Ferienpass 2011 des Elternvereins Aarau verteilen. Hier noch einige Informationen dazu: Im Jahr 2010 sind von rund 380 Kindern 1400 Plätze belegt worden. Heute sind es gleich viele Kinder, allerdings sind bereits rund 150 Plätze mehr belegt worden als im letzten Jahr und es kommen laufend neue Anmeldungen dazu. Dieses Angebot wird also in unserer Stadt wirklich sehr rege genützt. Ich komme noch zu zwei sportlichen Werbespots: Einerseits findet am Maienzugvorabend das Weinfassrollen statt. Die entsprechende Anfrage wurde an alle Ratsmitglieder weitergeleitet. Dazu geben wir gerne eine Liste in Zirkulation, in der sich alle Interessierten spontan eintragen könnten. Ebenso lassen wir eine Liste für das Fussballturnier in Wettingen zirkulieren.

Traktandum 2

63. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 (anstelle von Stefan Steul)

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir wählen heute die Nachfolge von Stefan Steul als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010/2013. Die SVP schlägt **Urs Schneider** als Nachfolger vor. Urs Schneider war Mitglied des Einwohnerrates von Januar 2002 bis Dezember 2010 und davon zwei Jahre Präsident der Sachkommission. Viele Ratsmitglieder kennen Urs Schneider also bereits.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Es erfolgt eine schriftliche Wahl.

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>		47
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>		
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>	- ganz leere	0
	- ungültige	0
		<hr/>
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>		47
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden</i>		47
<i>= Total der möglichen Stimmen</i>		
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		0
		<hr/>
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>		47
<i>Absolutes Mehr</i>		24
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>		
<i>Stimmen hat erhalten:</i>		
<i>Urs Schneider</i>		47
 <i>Es ist gewählt:</i>		
<i>Urs Schneider</i>		47

Die Präsidentin gratuliert Urs Schneider ganz herzlich zu seiner Wahl.

64. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Der Stadtrat unterbreitet dem Einwohnerrat folgende Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts der Stadt Aarau:

- **Hussein, Muhamad Abdulla Hussein**, geb. 1977, irakischer Staatsangehöriger
- **Olivadese, Franco**, geb. 1974, italienischer Staatsangehöriger
- **Eicken, Ulrich**, geb. 1960, und seine Ehefrau **Eicken geb. Herzhauser, Susanne**, mit den Kindern **Eicken, Jonathan Benjamin**, geb. 1995, und **Eicken, Rafael David**, geb. 2000, alle deutsche Staatsangehörige
- **Reichert, Rolf**, geb. 1972, deutscher Staatsangehöriger
- **Rezazadeh Dehagani, Behnam**, geb. 1970, iranischer Staatsangehöriger

Der Stadtrat empfiehlt, alle Gesuche gutzuheissen. Dieser Antrag stützt sich auf die Empfehlung der Einbürgerungskommission, welche die Gesuche geprüft hat. Die Gesuche konnten während der Aktenaufgabe eingesehen werden. Wird das Wort zu den Einbürgerungsgesuchen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wünscht jemand eine geheime Abstimmung? Das ist auch nicht der Fall. Ich mache auf die **Ausstandsbestimmungen** gemäss § 25 des Gemeindegesetzes aufmerksam: Wenn bei einem Verhandlungsgegenstand jemand ein unmittelbares und persönliches Interesse hat, so haben er, sein Ehegatte, seine Eltern sowie die Kinder mit Ehegatten vor der Abstimmung das Versammlungslokal bzw. die Tribüne zu verlassen. Ich möchte die Gesuchstellenden bitten, vor der Abstimmung die Tribüne zu verlassen.

Abstimmung:

Die Resultate der offenen Abstimmung lauten wie folgt:

Gesuchstellerin / Gesuchsteller	Ja	Nein
Hussein, Muhamad Abdulla Hussein , geb. 1977, irakischer Staatsangehöriger	40	1
Olivadese, Franco , geb. 1974, italienischer Staatsangehöriger	43	0
Eicken, Ulrich , geb. 1960, und seine Ehefrau Eicken geb. Herzhauser, Susanne , mit den Kindern Eicken, Jonathan Benjamin , geb. 1995, und Eicken, Rafael David , geb. 2000, alle deutsche Staatsangehörige	44	0
Reichert, Rolf , geb. 1972, deutscher Staatsangehöriger	44	0
Rezazadeh Dehagani, Behnam , geb. 1970, iranischer Staatsangehöriger	39	1

Den Gesuchstellenden wurde das Gemeindebürgerrecht **zugesichert**.

Die Beschlüsse unterliegen gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung bzw. gemäss Kreis-schreiben des Departements Volkswirtschaft und Inneres vom 15. August 2003 keinem Refe-rendum.

65. Politikplan 2011 - 2015

Mit Botschaft vom 16. Mai 2011 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

Antrag : *Der Einwohnerrat möge vom Politikplan für die Jahre 2011-2015 Kenntnis nehmen.*

Hans Fügli, Präsident Sachkommission: An ihrer Sitzung vom 7. Juni 2011 beschäftigte sich die Sachkommission mit dem Politikplan für die Jahre 2011-2015. Als Auskunftspersonen standen uns der Stadtammann, Herr Marcel Guignard, die Leiterin Finanzen, Frau Madeleine Schweizer, sowie der Controller, Herr Matthias Mundwiler, zur Verfügung. Die Auskunftspersonen haben uns zu Beginn mit einer Präsentation über die nicht mehr rosige Finanzlage der Stadt Aarau für die nächsten Jahre informiert. Herzlichen Dank für diese informative Zusammenfassung. Anschliessend sind folgende Fragen aus der Kommission gestellt worden: Als erstes hat sich die Kommission nach den Eigenleistungen erkundigt, welche die Stadt erbringt, und ob hier noch finanzielles Potential vorhanden sei. Dies sei, laut Auskunftspersonen, eher gering, aber sicher als Teil des Ganzen zu betrachten. Weiter wurde nach den Auswirkungen einer Verbesserung des Veranlagungsstands bei den Steuern von heute nur 67,1% gefragt. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass hier, laut Revisionsstelle, Potential vorhanden sei, es handle sich aber bestimmt nicht um Millionenbeträge und die Auswirkungen seien von der gegenwärtigen Konjunktur abhängig. Die Kommission hat nach den Ursachen des doch sehr stark gestiegenen Nettoaufwandes in den Jahren 2004 - 2009 gefragt. Die Auskunftspersonen bestätigten, dass der Aufwand, im Vergleich zu Baden, enorm gestiegen sei. Der Stadtrat hat versprochen, die Ursachen dafür zu ermitteln. Anschliessend ist die Kommission zur Beratung des Politikplans übergegangen. Von den gestellten Fragen und Antworten hier eine Zusammenfassung, alles andere kann im Protokoll nachgelesen werden: Aus der Kommission ist die Frage aufgeworfen worden, ob der Stadtrat sich schon überlegt habe, aus finanziellen Gründen ein vom Volk bewilligtes Projekt, z. B. die Erweiterung des Schlösslis, zu verschieben oder abzuändern. Die Auskunftspersonen wiesen darauf hin, dass das sehr heikel sei. Die Wiederaufnahme eines Projektes in 5 oder 10 Jahren würde eventuell einen Neuanfang bei der Projektierung bedeuten. Die Diskussion zu einem solchen Szenario sei von Seiten des Stadtrates bis jetzt noch nicht erfolgt. Die Auskunftspersonen betonten, dass es keine Tabuzonen bei den Vorschlägen zur Finanzplanung geben werde. Von Seiten der Kommission kam der Vorschlag, dass der Schlüssel bei der Benützung des KUK, heute mit einem Anteil von 40 % für kommerzielle und 60 % für kulturelle Veranstaltungen, eventuell zu überdenken sei. Das sei ein politischer Entscheid, lautete die Antwort der Auskunftspersonen. Die Kommission hat sich nach den Gründen für eine Stellenerhöhung bei der Amtsvormundschaft erkundigt. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass in Anbetracht der Fallzahlen, Handlungsbedarf vorhanden sei, eine entsprechende Botschaft an den Einwohnerrat werde folgen. Auf die Frage, warum die Einführung von FuSTA im Stadtteil Rohr verschoben worden sei, meinten die Auskunftspersonen, dass dies nochmals eine halbe Million Franken Fixkosten verursacht hätte. Den Familien im Stadtteil Aarau Rohr stünden aber natürlich alle Einrichtungen in Aarau ebenfalls offen. Bei der Produktgruppe 50, Stadtpolizei, erkundigte

sich die Kommission nach der Belastung des Korps. Die Auskunftspersonen haben erläutert, dass diese hoch sei, aber bis jetzt noch niemand deswegen den Dienst quittiert habe. Das Korps käme aber an seine Grenzen, vor allem durch die grosse Belastung an den Wochenenden und nachts. Die Auskunftspersonen führten weiter aus, dass beim Werkhof, auf Wunsch der FGPK, eine Leistungsüberprüfung erfolgte. Ob eine Stellenerhöhung notwendig werde, sei noch nicht sicher. Bei den Investitionen erklärten die Auskunftspersonen, dass auch der Stadtbach, der ganz im Stadtbesitz ist, Schäden verursachen könne und deshalb ein Hochwasserschutz notwendig sei. In der Schlussdiskussion wurde verdankt, dass der Stadtrat den Politikplan, wie vorgesehen und trotz grossem Aufwand und zeitlichem Druck dem Rat noch vor den Sommerferien vorgelegt habe. Nach Meinung der Kommission wird eine Erhöhung des Steuerfusses um 4 % nicht ausreichen. Schon die Erhöhung der gebundenen Ausgaben, z. B. für Pflege- und Spitalfinanzierung, kostet mehr als die zusätzlichen Steuereinnahmen. Es muss auch beim Aufwand gespart werden, so die Meinung einer Kommissionsmehrheit. Die Mehrheit anerkannte auch, dass der Stadtrat die Zeichen erkannt habe und dem Einwohnerrat verschiedenste Vorschläge zur Sanierung der Finanzen vorgelegt hat, die nun politisch noch diskutiert werden müssen. Für eine Kommissionsminderheit kommt aber eine Steuerfusserhöhung momentan überhaupt nicht in Frage. Es wird aus der Kommission angeregt, z. B. einen Runden Tisch zu installieren, an dem Konsensideen im heutigen Zeitpunkt gefunden werden könnten. Die Sachkommission empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, den Politikplan für die Jahre 2011 - 2015 zur Kenntnis zu nehmen.

Susanne Heuberger, Präsidentin FGPK: Mit dem aktualisierten Politikplan haben sich die Mitglieder der FGPK an der Sitzung vom 8. Juni 2011 befasst. Auch uns standen für die Beratung dieselben drei Auskunftspersonen zur Verfügung, wie bei der Sachkommission. Einleitend haben sie auch uns anhand einer Folienpräsentation, mit den Schwerpunkten Rückblick/Ausblick/Massnahmen, über die finanzielle Entwicklung der Stadt Aarau informiert. Das für die Beratung im Stadtrat aufbereitete Zahlenmaterial und die zusammengetragenen Informationen haben massgeblich die Ausgestaltung des vorliegenden Politikplanes beeinflusst. Im Sinne eines objektiven Kommissionsreferats gilt es festzuhalten, dass die präsentierten Zahlenvergleiche innerhalb der FGPK aber nicht vorbehaltlos Akzeptanz gefunden und teilweise sehr kritisch hinterfragt worden sind. Die zentralen Themen des vorliegenden Politikplans sind eindeutig die negativen Veränderungen und Entwicklungen beim städtischen Finanzhaushalt. Aus diesem Grund sind die, im Sinne einer rollenden Mehrjahresplanung im Politikplan jeweils ebenfalls abgebildeten Aspekte bezüglich dem Investitionsprogramm, den einzelnen Produktgruppen sowie den Schwerpunkten der städtischen Aufgabenerfüllung, auffällig in den Hintergrund getreten. Auch die Fragestellungen dazu haben sich innerhalb der FGPK in einem bescheidenen Rahmen bewegt. Der Einwohnerrat kann Details dazu dem Kommissionsprotokoll entnehmen. In unserem Gremium dominierte, wie erwartet, die gegenwärtige und zukünftige Finanz- aber auch Investitionspolitik. Für angeregten Diskussionsstoff sorgte die vom Stadtrat bereits letztes Jahr skizzierte Variante einer Steuerfusserhöhung auf 98 %. Während für einige Kommissionsmitglieder durchaus auch ein noch höherer Steuerfuss seine Berechtigung hätte und auch gefordert wurde, kommt für andere eine Anhebung des Steuersatzes vorderhand nicht in Frage. Ausführlich debattiert hat die Kommission auch über die im Politikplan 2011 - 2015 weiterhin vorgesehene Aufwandsteigerung von jährlich 1,8 %. Die vom Stadtrat eingeleiteten Bemühungen, hier korrigierend entgegenzuwirken, sind innerhalb der Kommission als nicht ausreichend wahrgenommen und als zuwenig effizient taxiert worden. Die Verbesserung der Finanzlage ist allen FGPK-Mitgliedern ein zentrales Anliegen. Darüber, wie dieses Ziel erreicht werden kann und soll, gehen die Meinungen jedoch auseinander. Spätestens bei der herbstlichen Budgetdebatte müssen die Weichen ent-

sprechend gestellt werden. Zu bedenken ist dabei, dass die fremdbestimmten Aufwendungen auch weiterhin, und in gesteigertem Ausmass, die städtische Rechnung belasten. Dem gegenüber ist positiv festzuhalten, dass die Stadt Aarau im direkten Vergleich mit verschiedenen anderen Gemeinden auch mit ihrem attraktiven Steuerfuss von 94 % eine überdurchschnittliche Steuerkraft pro Person erreicht. Zusätzlich verfügt sie, im Gegensatz zu anderen Kommunen, über ein beträchtliches Finanzvermögen. In diesem Zusammenhang diskutierte man innerhalb der FGPK auch über die Frage, ob es weiterhin sinnvoll erscheine, den Anlagefonds auf dem ursprünglich formulierten Legislaturziel von 80 Mio. Franken zu erhalten. Im Hinblick auf das vorgesehene hohe Investitionsvolumen kann sich ein Teil der Kommission durchaus vorstellen, das vorhandene Vermögen weiter als ursprünglich geplant abzubauen und damit gleichzeitig einer weiteren Schuldenaufnahme entgegenzuwirken. Wie der Politikplan klar aufzeigt, können die anstehenden Investitionen weiterhin nicht aus der Laufenden Rechnung finanziert werden. Der anhaltend tiefe Selbstfinanzierungsgrad spricht eine deutliche Sprache. Kommissionsintern wurde angeregt, zukünftig besser darauf zu achten, dass das Investitionsvolumen eine kontinuierliche Grösse aufweist. Die erheblichen Schwankungen der letzten Jahre ergeben zuwenig Planungssicherheit. Um den städtischen Finanzhaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen, gilt es, möglichst rasch sinnvolle und pragmatische Lösungsansätze zu entwickeln und zu realisieren. Spätestens der nächste Voranschlag bietet auch dem Einwohnerrat die Gelegenheit, seinen Teil zu deren Umsetzung beizutragen. Der uns vom Stadtrat zur Kenntnis gebrachte, aktualisierte Politikplan kann und sollte uns Anhaltspunkte für die dringend notwendigen Veränderungen liefern. Schlussendlich müssen diese jedoch nicht nur im Rat, sondern auch beim Stimmvolk mehrheitsfähig sein.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Es liegen uns zwei Planungserklärungen zum Politikplan 2011 - 2015 vor. Ich möchte dazu einige Informationen anfügen: In § 2 Abs. 3 des WOSA-Reglementes steht: "Der Stadtrat bringt dem Einwohnerrat den Politikplan im ersten Halbjahr zur Kenntnis. Der Einwohnerrat kann mittels Planungserklärung verlangen, dass am nächsten Politikplan bestimmte Änderungen vorzunehmen sind. Verzichtet der Stadtrat darauf, diese Änderungen vorzunehmen, muss er dies gegenüber dem Einwohnerrat begründen." Die Planungserklärung ist also wie ein normaler Antrag zu behandeln. Es muss deshalb auch nicht vorgängig eine Diskussion in der Kommission erfolgen. Die Idee einer Planungserklärung ist, Vorschläge einzubringen. Der Stadtrat hat dann ein Jahr lang Zeit, sich damit zu befassen. Wenn er das Anliegen nicht aufnehmen will, muss er im nächsten Politikplan eine entsprechende Begründung abgeben. Dies die Ausführungen und Erklärungen zum Instrument "Planungserklärung". Wir haben folgende zwei Planungserklärungen erhalten: "Planungserklärung zum Nettoaufwand" sowie "Planungserklärung zum Anlagefonds". Wir werden nun wie folgt vorgehen: Wir starten mit den Voten zu den beiden Planungserklärungen. Anschliessend werden wir die Diskussion zum Politikplan inkl. der beiden Planungserklärungen eröffnen. Nach Abschluss der Diskussion werden wir zur Schlussbetrachtung des Stadtrates übergehen und dann einzeln über die beiden Planungserklärungen befinden. Am Schluss werde ich dann bestätigen, dass der Einwohnerrat vom Politikplan 2011 - 2015 Kenntnis genommen hat.

Hanspeter Hilfiker: Die Situation um die Entwicklung der Nettoaufwendungen der letzten Jahre ist allen präsent und das Potential, das nicht wir, sondern die Revisionsfirma Gruber Partner im Vergleich mit Baden sieht, ebenfalls. Wenn wir nun den Politikplan 2011 - 2015 anschauen, sehen wir eine weitere jährliche Zunahme von 1,8 % bei den laufenden Kosten, was deutlich über der Teuerung liegt. Für uns ist diese Entwicklung nicht akzeptabel. Wir sind, auf unserer Suche nach Lösungsmöglichkeiten, zum Instrument der Planungserklärung

gekommen. Der Einwohnerrat kann mittels Planungserklärung verlangen, dass im Politikplan gewisse Änderungen vorgenommen werden. Verzichtet der Stadtrat ein Jahr später darauf, muss er dies gegenüber dem Einwohnerrat begründen. Die Planungserklärung ist also kein vergleichbar hartes Instrument wie eine Motion. Sie soll den Stadtrat zur bewussten Beschäftigung mit einer spezifischen Frage bewegen. Für uns hat sich der Stadtrat bisher zu wenig mit den Nettoaufwendungen und ihrer Kontrolle und Reduktion beschäftigt. Wichtig sind uns jetzt konkrete Zielsetzungen bei den Produktgruppen. Auch diese Forderung ist durchaus kompatibel mit dem WOSA-Reglement, wonach der Stadtrat die Verwaltung jährlich "mittels Leistungsauftrag mit der Umsetzung beauftragt". Die bis jetzt ausgeführten Massnahmen, die "Einladung der Produktgruppen, Vorschläge einzubringen, wie gespart werden kann" oder auch die komplizierte und intransparente Unterscheidung zwischen Grund- und Zusatzbedarf, gehen da zu wenig weit. Der Stadtrat hat mehrfach erläutert, dass in Zukunft weitere Aufgaben auf uns zukommen. Das ist immer so, und diesen Aufgaben können wir uns auch nicht entziehen. Unser Problem bleibt aber, dass die aktuelle Ausgabenbasis zu hoch ist. Dort müssen wir ansetzen. Es gilt, bei den bestehenden Aufgaben Zuständigkeiten zu klären, Abläufe zu bereinigen und Kosten zu reduzieren. Die 5 Mio. Franken Mehrkosten, die Gruber im Vergleich zu Baden ausgemacht hat, werden in unserer Verwaltung heute irgendwo produziert und ausgegeben, ohne dass sie erkennbaren Nutzen stiften. Baden hat nämlich insgesamt kein schlechteres Leistungsspektrum zu bieten, als wir hier in Aarau. Die Planungserklärung, die wir vorbereitet haben, soll diesen Umstand angehen. Wir wollen damit erreichen, dass bis Ende 2013, d. h. in den kommenden zwei Budgetjahren, über alle Produktgruppen und auf der Basis der Rechnung 2010, Einsparpotentiale aufgezeigt und realisiert werden. Wir fordern mit unserer Erklärung nicht die vollen 5 Mio. Franken, sondern eine moderate Reduktion von 5 %, um insgesamt rund 3 Mio. Franken zu erreichen. Das heisst jetzt auch nicht, dass pauschal überall 5 % reduziert werden müsse. Die Gesamtsumme sollte 5 % ergeben. Es ist dem Stadtrat überlassen, welche Produktgruppen mit welchen Zielen zu welchen Reduktionen angehalten werden sollen. Wo lassen sich Akzente setzen? Wir denken da beispielsweise an Führungsstrukturen. Beim KUK gibt es eine Leiterin, eine KUK-Kommission und bei Bedarf funkt auch der Stadtrat noch in die Vergabe hinein. Ist das sinnvoll oder effizient? Wohl kaum. Gleichzeitig ist kein Saal mehr als 60 % pro Jahr ausgebucht. Gibt es da ein Potential für mehr Ertrag? Mit Sicherheit. Ein Saal dieser Grössenordnung könnte eigentlich auch als Eigenwirtschaftsbetrieb geführt werden. Ein anderes Beispiel ist die Nutzung von bestehenden Infrastrukturen. Wir sehen im Politikplan, dass der Stadtrat beispielsweise für seine Kommunikationen ein eigenes Organ für 30'000 Franken jährlich schaffen möchte, obwohl es möglich ist, selbst redigierte und gestaltete Mitteilungen regelmässig und kostenlos in bestehenden lokalen Medien zu verbreiten. Dies ist ein Beispiel eines zukünftigen Projekts, das wir jetzt im Politikplan sehen. In unserem laufenden Budget gibt es Dutzende von Möglichkeiten, bestehende Infrastrukturen, ob städtische, private oder halbprivate, gezielter und im Sinne einer Konzentration der Kräfte, zu nutzen. Dies bedingt vor allem, dass nicht jede Abteilung jede Funktion auch selber ausführt. Es gibt viele Möglichkeiten, wie über zwei Jahre 5 % der bestehenden Nettoaufwendungen reduziert werden können und dies auch ohne Leistungsabbau. Wir sind fest davon überzeugt, dass das funktioniert und wissen das auch aus eigener Erfahrung. Ich selbst bin seit 15 Jahren in Grossunternehmen tätig. Spätestens jedes zweite oder dritte Jahr durchlaufen wir ein Kostensenkungsprogramm. Dies geschieht nicht zum asozialen Abbau der Ressourcen, sondern um sicherzustellen, dass wir "schlank" und die Wege kurz bleiben, damit wir kein Fett ansetzen. In der Aarauer Stadtverwaltung, vielleicht in Verwaltungen generell, sind solche Massnahmen etwas verpönt. Notwendig sind sie auf jeden Fall, auch weil es um den Umgang mit den Geldern unserer Steuerzahler geht. 3 Mio. Franken

in 2 Jahren, auf einer Basis von 60 Mio. Franken, das ist zu schaffen. Wir bitten Sie deshalb alle, unserer Planungserklärung zuzustimmen.

Jürg Schmid: Ich habe mir lange überlegt, weshalb man in der aktuellen finanziellen Situation überhaupt am Anlagefonds festhalten kann. Es ist doch eigentlich sonnenklar, dass man das flüssige Vermögen aufbraucht, bevor man Schulden macht. Aarau ist in der äusserst privilegierten Situation, heute über ein liquides Vermögen von 80 Mio. Franken zu verfügen. In meinen 12 Jahren in der Finanzkommission der ehemaligen Gemeinde Rohr war nie ein Vermögen vorhanden. Alle Investitionen mussten zu einem grossen Teil mit Krediten finanziert werden. Entsprechend war der Effekt auf die Nettoausgaben klar, nämlich die Schuldzinsen sowie die gesetzlichen Abschreibungen. Entsprechend bestand bei diesem Punkt Planungssicherheit beim Budgetieren und auch bei der Festlegung des dazu notwendigen Steuersatzes. Genau diese Planungssicherheit fehlt in der Konstellation "Aufrechterhaltung des Anlagefonds bei 80 Mio." und andererseits "Aufnahme von Schulden für anstehende Investitionen". Der Erfolg auf den Anlagen ist überhaupt nicht vorhersehbar. Es kommt erschwerend dazu, dass dieser Erfolg auch negativ sein kann, wie wir im Jahre 2008 erfahren mussten, und zwar ziemlich massiv. Können wir heute mit Hilfe der Vergangenheitsbetrachtung ausschliessen, dass uns nicht in naher Zukunft einmal sogar zwei aufeinander folgende negative Jahre bevorstehen? Mit einem aufgrund von Kursverlusten reduzierten Volumen von 80 auf 60 Mio. Franken können nur noch $\frac{3}{4}$ der erwarteten Erträge erwirtschaftet werden. Natürlich kann auch das genau Umgekehrte passieren und das Kapital von heute 80 auf 100 Mio. Franken steigen. Alle werden sich dann auf die Schultern klopfen. Aber dies ist reine Hoffnung, und nach meiner Auffassung sollten wir dies, in der heutigen Situation, tunlichst vermeiden. Die Stadt Aarau hat einen ausserordentlichen Investitionsstau vor sich, bzw. steckt mitten drin. Ich gehe davon aus, dass die Planungsverantwortlichen sicher stellen, dass die Stadt mit diesen Projekten in 30 Jahren nicht wieder vor demselben Stau steht und es in der mittleren Zukunft zu einer Verstetigung der Investitionen kommt. Also, nutzen wir die heute bestehende Möglichkeit, das ausserordentlich vorhandene, liquide Vermögen in sinnvolle Projekte zu investieren und stellen dadurch sicher, dass dieser Teil der Budgetierung ebenfalls planbarer wird. Anstatt das Vermögen des Anlagefonds an den unsicheren Finanzmärkten einzusetzen, investieren wir es doch in zukunftssträchtige Projekte zum Wohle der Stadt und der zukünftigen Generationen. Vermeiden wir heute eine mögliche Situation der Zukunft, den Steuerzahlern erklären zu müssen, dass sich ein zweistelliger Millionenbetrag an den Finanzmärkten in Luft aufgelöst habe. Ich zähle entsprechend auf die wohlwollende Unterstützung der Planungserklärung "Anlagefonds" und bedanke mich jetzt schon bestens.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir eröffnen nun die Diskussion zum Politikplan 2011 - 2015, inklusive den beiden Planungserklärungen.

Oliver Bachmann: Der 6. Rang im kürzlich veröffentlichten Städteranking der Bilanz geht an die Stadt Aarau. Das zeigt uns erstens, dass Aarau eine sehr attraktive Stadt ist und zweitens, dass es bei der Attraktivität bei weitem auf mehr ankommt, als nur auf einen tiefen Steuerfuss. Wir sollten in der Diskussion um die Aarauer Finanzen Folgendes nicht vergessen: Es geht um unsere Einwohnerinnen und Einwohner und darum, dass Aarau für diese Menschen eine attraktive Stadt bleibt. Die SP-Fraktion könnte jetzt frohlocken und sagen: "Wir haben es ja schon immer gesagt." Wir könnten stolz darauf sein, dass wir die Lage schon vor vier Jahren richtig eingeschätzt und vor übermässigen Steuersenkungen gewarnt haben. Stattdessen sind wir besorgt. Durch diese Steuersenkungen gingen der Stadt in den letzten Jahren mehrere Millionen Franken verloren – Geld, das Aarau eigentlich brauchen könnte. Den einzelnen

Einwohnerinnen und Einwohnern hat es wenig genutzt, der Stadt Aarau aber hat es geschadet. Die Steuersenkung von 2008 müssen wir heute als Fehler deklarieren und mit dem nächsten Budget rückgängig machen. Zur Verschlechterung der Finanzlage trägt auch bei, dass neue Aufgaben vom Bund und vom Kanton auf die Gemeinden übertragen werden. Stichworte dazu sind "Pflegefiananzierung", "Spitalfinanzierung" und "Löhne des Lehrpersonals". Damit können bei Bund und Kanton Einsparungen gemacht werden, die der Bürger aber schlussendlich mit der Gemeindesteuerrechnung zu begleichen hat. Die SP-Fraktion verschliesst sich bei der vorherrschenden Finanzlage nicht einer Überprüfung der Aufgabenseite. Diese soll mit Vernunft durchgeführt werden. Bei Einsparungen soll immer auch überprüft werden, ob damit mittel- oder langfristige Folgekosten verbunden sind. Einen Kahlschlag bei den Leistungen der Stadt gilt es zu vermeiden. Mittelfristiges Ziel muss es sein, dass die Stadt Aarau mit den Einnahmen 12 - 15 Mio. Franken Selbstfinanzierung erreichen kann. Damit wird sichergestellt, dass die "normalen" Investitionen getätigt werden können und nicht einfach den künftigen Generationen zur Finanzierung überlassen werden. Die beiden Planungserklärungen werden wir ablehnen. Zum einen kamen die Anträge so spät, dass es uns nicht möglich war, diese vertieft zu behandeln. Auf den ersten Blick wirken sie für uns wie Extremforderungen. In den Kommissionssitzungen haben wir erfahren, dass der Stadtrat im Scheibenschachen einen Landkauf prüft, der aus dem Anlagefonds finanziert werden soll. Wir begrüssen dieses Ansinnen und fragen gerne an, bis wann wir mit einem Antrag dazu rechnen können. Auch die Investitionen sind zu überprüfen. Es ist zu überprüfen, auf welche Investitionen verzichtet und welche eventuell verschoben werden könnten. Ich habe schon mehrmals erwähnt, dass es uns nicht passt, dass die Priorisierung der Investitionen in der Reihenfolge gemacht wird, wie sie in den Rat kommen. Daher gilt es, falls möglich, auch bereits beschlossene Investitionen zu überprüfen. Jetzt noch einige Bemerkungen zu drei einzelnen Produktegruppen: Bei der PG 31 erwarten wir seit langem das Musikschulreglement. Wo bleibt es? Bei der PG 41, FuSTA, fordern wir eine Gleichbehandlung aller Quartiere. FuSTA braucht es in jedem Schulhaus, auch im Stadtteil Rohr. Im Rahmen der Kommission wurde erklärt, es gäbe dort ein Angebot, Abklärungen in unserer Fraktion haben aber ergeben, dass in Rohr niemand das Angebot für Schulkinder kennt. Wir fordern die Aufnahme eines Betrages im Budget 2012. Bei der PG 60 begrüssen wir die Zusammenlegung der Umweltfachstelle, der Grün- und Freiraumplanung sowie der Energieplanung in der Stabstelle Stadtentwicklung. Die wichtigsten Punkte noch einmal zusammengefasst: Aufgabenüberprüfung ja, aber mit Vernunft; Investitionsüberprüfung ja, aber mit Vernunft; mittelfristig eine vernünftige Selbstfinanzierung von 12 - 15 Mio. Franken. Zudem fordern wir die Rücknahme der verfrühten Steuersenkung von 2008 und damit einen Steuersatz mit Vernunft. Die SP-Fraktion fordert einen vernünftigen Umgang mit den Finanzen auf allen Seiten und nimmt den Politikplan zur Kenntnis.

Ueli Hertig: Der Stadtrat legt uns den Politikplan 2011 - 2015 mit vielen, speziell finanzpolitischen, Informationen zur Kenntnis vor. Wie letztes Jahr zeigt uns der Stadtrat bei der Entwicklung des Vermögens und der Selbstfinanzierung zwei Steuerfussvarianten auf. Es ist sicher nicht nur uns aufgefallen, dass das Problem in den kommenden Jahren speziell bei der Laufenden Rechnung liegt. Eine vernünftige Selbstfinanzierung von 12 - 15 Mio. Franken ist leider nicht in Sicht. Ist deshalb Panik angezeigt? Muss überhaupt gespart werden? Es braucht sicher längerfristig ein Massnahmenpaket, so wie es der Stadtrat vorhat, das sowohl aufwands- als auch ertragsseitig greift. Die Planungserklärung zum Nettoaufwand kann unsere Fraktion so, wie sie vorliegt, nicht unterstützen. Erstens: Warum sollten die Städte Aarau und Baden finanziell so vergleichbar sein, dass man sagen kann, wo gespart werden kann? Zweitens sind wir der Meinung, dass es sogar fast etwas "feige" ist, einfach nur Sparziele zu definieren, ohne auch die Verantwortung für die vermutlichen Konsequenzen, also einen voraussichtlichen

Leistungsabbau, zu übernehmen. Wir könnten uns vorstellen, dass der Stadtrat im Budget aufzeigt, ob und welche Leistungen wirklich abgebaut werden könnten und welche Einsparungen daraus resultierten. So kann der Einwohnerrat entscheiden, muss aber auch die Verantwortung tragen. Da aus Sicht unserer Fraktion eine Kürzung zum Beispiel bei den Budgets der Kultur und der freiwilligen Sozialarbeit kaum in Frage kommt, können wir uns aber eine Steuerfusserhöhung durchaus vorstellen. Sicher wäre es nötig, eine politische Diskussion zu führen, um zu bestimmen, was mit dem Anlagefonds längerfristig geschieht. Bis vor kurzem war der sogenannte "Generationenfonds" noch unantastbar. Sollen die rund 80 Mio. Franken als Zinsgenerator erhalten bleiben oder nur für eine gewisse Zeitspanne? Oder für welche Art von Investitionen soll er verwendet werden? Soll ein Teil des Geldes im Scheibenschachen in stadteigene Wohnbauten investiert werden? Das würden wir eigentlich auch sehr begrüßen. Dazu hat die Diskussion über die Verwendung des Erlöses aus dem Verkauf der IBA-Aktien auch noch nie statt gefunden. Aus all diesen Gründen werden wir auch die Planungserklärung zum Anlagefonds so nicht unterstützen. Die Diskussion ist aber unbedingt notwendig. Dazu gibt es noch einige Punkte, die ich speziell erwähnen möchte: Wir sind der gleichen Meinung wie die SP: Das Angebot für familien- und schulergänzende Tagesstrukturen im Vorschulbereich im Stadtteil Rohr darf nicht zurückgestellt werden. Das können wir so nicht akzeptieren, denn sonst wird die Gleichbehandlung aller Quartiere missachtet und es ist zudem ein schlechtes Signal für mögliche Fusionspartner. Bei den Investitionen kann aus unserer Sicht die Verbindung vom Scheibenschachen in die Telli zurückgestellt werden, sie muss höchstens mit der Erneuerung des Kraftwerks Rüchlig angedacht werden. Wenn der Stadtrat das eigene Informationsblatt einführen will, müssen aus unserer Sicht die möglichen Vorteile im Budget ganz klar ersichtlich werden. In diesem Sinn nimmt die Fraktion Pro Aarau - EVP/EW - GLP Kenntnis vom Politikplan.

Lelia Hunziker: Die Fraktion Grüne/JETZT! ist dafür, dass gespart wird und auch dafür, dass die Steuern erhöht werden. Um diese Fragen geht es ja heute Abend im Wesentlichen. Aber schön der Reihe nach. Fangen wir beim Sparen an: Sparen kann man auf viele Arten. Man kann mit dem Rasenmäher über das Budget fahren und überall die Spitzchen abschneiden. Das wäre eigentlich noch fair, überall ein bisschen zu sparen, und das schön verteilt. Wenn man es so macht, geht man aber davon aus, dass generell zu hoch budgetiert wurde. Wenn alle ein bisschen effizienter arbeiten würden, ginge es wohl auch. Dieser Meinung sind wir nicht. Oder man überlegt sich, was nötig und was noch nötiger ist. Das wird schon schwieriger. Muss eine Strasse, ein Gebäude, eine Kanalisation wirklich schon saniert werden oder nicht? Muss die Stadt Kinderkrippen mitfinanzieren oder ist das die Aufgabe der Eltern? Braucht es eine neue Brücke oder nicht? Wie viel darf Bildung, Sport, Kultur, Integration und Gesundheit kosten? Braucht es Projekte gegen Jugendgewalt, gegen Littering? Braucht es Informationskampagnen? Was ist wie nachhaltig und was hat eine präventive Wirkung? Schlussendlich muss ja immer die Vollkostenrechnung gemacht werden. Nehmen wir ein Beispiel aus der letzten Einwohnerratssitzung: Dabei ging es um die Sportkoordination. Hilft eine Sportkoordination am Ende des Tages, die Kosten zu senken? Gibt es zum Beispiel weniger Schäden in den Hallen, wenn die Nutzer und Nutzerinnen besser instruiert werden? Sinken die Gesundheitskosten, wenn der Breitensport gefördert wird? Erzielt eine sportlichere, gesündere Bevölkerung bessere Leistungen und generiert zu guter Letzt sogar höhere Steuern? Ja, vielleicht gehen diese Gedanken zu weit, aber ich bin mir sicher, dass sich die eine oder andere Überlegung in einer volkswirtschaftlichen Studie belegen liesse. Sparmassnahmen müssen also sehr gut überlegt sein. Wir sind eher dafür, dass an der Hard- anstatt an der Software gespart wird. Kommende Bauvorhaben müssen kleiner gedacht werden. So ist für unsere Fraktion – die Fraktion der Velofahrenden – die Velobrücke über die Aare vom Scheiben-

schachen in die Telli ein sehr gutes Projekt. Aber ist diese Brücke zum jetzigen Zeitpunkt wirklich nötig? Könnte hier nicht gespart werden? Oder die Sporthalle Schachen: Muss hier nicht vielleicht doch eher von einer Sanierung als von einem Neubau ausgegangen werden? Der Stadtrat setzt seinen Sparhebel zum Beispiel bei den familienergänzenden Tagesstrukturen in Rohr an. Gerade im neuen Stadtteil soll nun keine Kinderbetreuung mehr möglich sein? Das ist aus unserer Sicht ein falsches Zeichen. Familien im neuen Stadtteil sollen nicht die gleichen Möglichkeiten haben wie Familien in Aarau? Wollte man mit dem neuen FuSTA-Reglement nicht alle Quartiere gleich behandeln? Hier wird wiederum bei der Software gespart. Zur Steuererhöhung: Der Stadtrat avisiert im Politikplan einen Steuerfuss von 98 %. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir waren vor 4 Jahren gegen eine Steuersenkung und glauben, dass dieser Fehler möglicherweise sogar mit einer Erhöhung auf 100 % wieder gut gemacht werden muss. Zu den beiden vorliegenden Planungserklärungen: Die Planungserklärung zur Reduktion des Nettoaufwandes fordert von allen Produktgruppen eine Reduktion des Aufwandes um 5 %. Die Forderung scheint effizient und einfach zu sein. Zu einfach, wie wir finden. Sie setzt sich nicht damit auseinander, was unsere Stadt wirklich braucht, wo es Sparpotential gibt und wo es unmöglich und sogar schädlich ist, zu sparen, weil dann die Retourkutsche in Form von Mehrkosten, in wenigen Jahren zurückkommen könnte. Zur Planungserklärung bezüglich des Anlagefonds: In dieser kurzen Zeit konnten wir uns keine Meinung dazu bilden, da bedürfte es einer längeren Diskussion. In diesem Sinne nimmt die Fraktion Grüne/JETZT! den Politikplan 2011 - 2015 zur Kenntnis.

Marcel Husistein: Man konnte lesen: "Die Stadt muss den Gürtel enger schnallen" oder auch "Die Stadt gibt zu viel Geld aus". Das gilt meiner Meinung nach für den Stadtrat wie auch für den Einwohnerrat. Die SVP-Fraktion weist schon seit längerer Zeit darauf hin, dass sich die finanzielle Situation zuspitzen wird und sie ist der Ansicht, dass der klare Sparwille in der politischen Führung fehlt. Ich möchte kurz drei Beispiele anfügen. Beispiel 1: Der Einwohnerrat ist immer wieder mit neuen Stellenbegehren konfrontiert. Eine Mehrheit segnet diese Begehren ab. Wenn die Rechnung präsentiert wird, gibt man ganz einfach global dem Einwohnerrat die Schuld. Da fehlt der politischen Führung und der Verwaltung der Wille, zuerst mit dem vorhandenen Personalbestand Lösungen zu suchen. Beispiel 2: Dass die Steuererträge zurückgehen werden, war ja auch vorauszusehen und allen bewusst. Da kam man auf den Gedanken, ganz einfach eine Steuererhöhungsvariante zu präsentieren, anstatt frühzeitig den Sparstift anzusetzen. Wir sind überzeugt, dass alle eine attraktive Stadt haben wollen. Es wurde bereits gesagt, dass wir beim Städterating die beste Kleinstadt waren. Das ist sicher auch der Steuerattraktivität zu verdanken. Beispiel 3: Beim Investitionsprogramm wurden 20 Projekte ganz einfach in eine spätere Planperiode verschoben. Hat man auch schon darüber nachgedacht, laufende Projekte etwas zu redimensionieren oder generell kostenbewusster anzugehen? Da könnte man sicher einige Millionen Franken einsparen. Zusätzlich würde sich das auch sehr positiv auf die später anfallenden Betriebskosten auswirken. Nur mit dem Verschieben auf einen späteren Zeitpunkt können keine Millionen gespart werden. Die SVP Aarau-Rohr hofft, dass sich ein kostenbewusstes Handeln durchsetzt. Es wäre schade, wenn die wirklich wichtigen Sachen darunter leiden müssten.

Werner Schib: Der finanzielle Horizont sieht für die nächsten Jahre nicht rosig aus. Eine ungenügende Selbstfinanzierung, im Jahre 2013 sogar ein Aufwandüberschuss von 1 Mio. Franken, das ist das Stichwort. Der Stadtrat stellt im Politikplan zu Recht fest, dass die finanziellen Ziele und Grundsätze in den nächsten Jahren nicht mehr erreicht werden können. Er führt aus, dass er deshalb "Massnahmen" beschlossen habe. Die vom Stadtrat dargestellten Massnahmen sind ungenügend. Die konkreten Aufwandreduktionen und effektiven Einspa-

rungen gehen nicht weit genug. Viel mehr als Lippenbekenntnisse liegen nicht vor. Im Gegenteil, der Stadtrat geht in der langfristigen Finanzplanung immer noch von einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme des Nettoaufwands von 1,8 % aus. Das ist viel zu viel, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Teuerung und das Bevölkerungswachstum unter diesem Wert liegen. Wo ist da die Verzichtplanung? Wo ist die Suche nach effektiven Einsparungsmöglichkeiten? Wo ist die Priorisierung von öffentlichen Aufgaben, wenn man nicht mehr alles machen kann? Antworten auf diese Fragen vermisst die CVP-Fraktion im Politikplan. Der Stadtrat macht es sich zu leicht, wenn er meint, er könne einfach den Steuerfuss erhöhen und müsse aber beim Aufwand und bei den Ausgaben nicht wirksam ansetzen. Jetzt muss der Nettoaufwand deutlich heruntersetzt werden. Wir haben deshalb zusammen mit der SVP und der FDP eine Planungserklärung eingereicht, welche verlangt, dass der Nettoaufwand merkbar reduziert wird. Um es klar zu sagen: Die CVP akzeptiert Steuererhöhungen unter diesen Umständen nicht. Zuerst ist der Nettoaufwand zu reduzieren. Hier hat der Stadtrat noch nachzubessern. Die Führungsqualitäten des Stadtrates sind gefragt. Der Stadtrat hat festzulegen, wo wie viel gespart werden kann und wo der Aufwand zu reduzieren ist. Die fortlaufenden Ausgaben und Investitionen sind auf ihre Wichtigkeit in zeitlicher und sachlicher Hinsicht zu überprüfen. Auch lineare Kürzungen und Reduktionen in allen Bereichen, bei allen Abteilungen, sind für die CVP durchaus ein gangbarer Weg. Lineare Kürzungen haben den grossen Vorteil, dass alle einen Beitrag beisteuern müssen und sich niemand benachteiligt vorkommen muss. Es werden alle gleich behandelt. Aber das ist, wie gesagt, Aufgabe des Stadtrates. Er muss jetzt, bzw. mit dem nächsten Budget, handeln. Noch kurz zur zweiten Planungserklärung betreffend des Anlagefonds: Es geht darum, dass zuerst das Vermögen vom Anlagefonds für die anstehenden Investitionen zu verwenden ist. Erst wenn der Anlagefonds aufgebraucht ist, dürfen wieder Kredite aufgenommen werden. Wir sind der Überzeugung, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, einen Anlagefonds zu bewirtschaften und Aktien, Obligationen, etc. zu verkaufen und zu kaufen. Was die Stadt im Anlagefonds letztlich macht, ist ein Spiel, das Spiel an der Börse. Man kann das Spiel noch so seriös betreiben, das Risiko, dass man verliert, sehr viel Geld verliert, ist immer vorhanden. Die Stadt spielt da nicht mit eigenem Geld, sondern mit dem Geld der Einwohnerinnen und Einwohner. In der Begründung zur Planungserklärung haben wir berechnet, dass die Stadt mit ihrer Strategie vom Jahre 2008 bis Ende Mai 2011 3,5 Mio. Franken vernichtet hätte. Wir sind der Auffassung, dass dieses Vermögen im Anlagefonds für die kommenden Investitionen zu verwenden ist. Gleichzeitig Schulden zu machen und im Anlagefonds unter Umständen riskante, mit Sicherheit jedoch ungewisse Geschäfte zu tätigen, gehört sich nicht für die Stadt Aarau. Wir verlangen, dass die Stadt Aarau nicht gleichzeitig Schulden macht und an der Börse spekuliert und sich damit als Finanzjongleur betätigt. Das ist in meinen Augen eigentlich ein zutiefst sozialistisches Anliegen. Deshalb bitte ich die linke Ratshälfte um die Zustimmung zu dieser Planungserklärung.

Mario Serratore: Eigentlich habe ich kein Votum vorbereitet, aber zwischendurch fühlt man sich genötigt, auch ohne Vorbereitung etwas zu sagen. Grundsätzlich ist es doch im Privatbereich so, dass man überlegen muss, ob man die Auslagen minimieren oder die Einnahmen maximieren soll, wenn man merkt, dass die Auslagen höher als die Einnahmen sind. Kann man die Einnahmen problemlos maximieren, ist das ja gut, dann kann ich die Auslagen behalten. Einfach zum Chef zu gehen und um höhere Einnahmen zu bitten, damit die Auslagen gedeckt werden können, ist wahrscheinlich etwas dreist. Ob wir das mit unseren Einwohnern hier in Aarau machen wollen, ist dann die andere Frage. Zuerst versucht man doch wirklich zu schauen, was man eigentlich nicht braucht. Wenn es immer noch nicht reicht, kann man unter Umständen sagen, dass die Einnahmen gesteigert werden müssen. Denken Sie immer

auch ein bisschen daran, was Sie privat unternehmen würden, bevor Sie über das Geld anderer entscheiden, denn es gehört ja nicht Ihnen. Stellen Sie diese Überlegungen also einmal an. Beim Anlagefonds kann ich sagen, dass ich als Mitglied des Anlagefondsausschusses tatsächlich kein Problem damit habe, wenn man diesen Fonds abbaut. Wenn ich in guten Zeiten Vermögen aufne, damit ich es in schlechten Zeiten einsetzen kann, um eine Unterdeckung aufzuheben, gehört das dazu. Nach dem Verkauf der IBA-Anteile wurde damals eine Anlage getätigt, welche mittel- oder langfristig etwas bringen sollte. Es nützt nichts, wenn man jetzt rückwärts schaut und behauptet, die letzten zehn Anlagejahre hätten nichts gebracht und auch behauptet, die nächsten zehn Jahre würden ebenfalls so werden. Jeder Aktienbesitzer verdient langfristig mehr als der Besitzer einer Obligation. Wenn ich zwischendurch unten durch muss, ist das der Preis, den ich dafür bezahlen muss, um am Schluss ein bisschen mehr zu haben, sonst würde das ja niemand tun. Sie besitzen mehr Aktien, als Sie glauben. Schauen Sie sich einmal Ihre Pensionskassen an. Die Renten werden nicht nur mit Obligationenrenditen finanziert. Dies soll als Beispiel für eine noch etwas andere Sichtweise dienen. Ich kann natürlich auch eine andere Version wählen, in dem das Vermögen abgebaut und dann später wieder aufgebaut wird. Aber habe ich die Motivation dazu? Als Privater vielleicht schon, als politische Institution vielleicht weniger. Das sind dann aber wieder andere Aspekte und es gilt sicher, einmal abzuwägen, was mir wichtiger ist: Will ich mehr Ertrag generieren, der mir hilft, die Schuldzinsen zu finanzieren oder verzichte ich darauf und versuche, die Substanz zu behalten bzw. so zu generieren, wie ich sie vorher hatte. Das sind Grundsatzüberlegungen, welche man sich hier machen kann.

Marcel Guignard, Stadtmann: Ich danke Ihnen im Namen des Stadtrates für die heute Abend und auch bereits in den Kommissionen geführte, sehr differenzierte Debatte. Ich glaube, das war notwendig bei der heutigen Situation. Sie konnten feststellen, dass der Politikplan nicht nur ein Zahlenspiel ist, sondern durchaus auch höchst politische Komponenten beinhaltet. Zahlen müssen immer auch in Relation zu den Leistungen gesehen werden, aber natürlich auch umgekehrt. Oder mit anderen Worten gesagt: Staatliche und auch städtische Aufgaben haben ihren Preis. Wenn man den Preis nicht mehr bezahlen mag oder kann, muss man sich auch über die Leistungen unterhalten. Bei unserem WOSA-System ist das eigentlich vorgezeichnet. Sie haben feststellen können, dass wir insbesondere in nächster Zukunft fremdbestimmt sind und zwar in ansehnlichsten Millionenbeträgen. Pflege- und Spitalfinanzierung, Lehrerlöhne, usw. lassen den Nettoaufwand anwachsen. Wenn man das feststellt, müsste man sich mindestens auch die Frage stellen, worauf sich dieses Wachstum des Nettoaufwands stützt. Dann sehen Sie schnell, dass das Wachstum von 2011 bis 2015 zu einem ganz beträchtlichen Mass fremdbestimmt ist. Aber Sie wissen auch, dass diese Fremdbestimmung ebenfalls auf der Ertragsseite zu spüren ist, unmittelbar in der Konjunktur, aber auch in der Gesetzgebung, sprich Steuergesetzgebung. Alle haben festgestellt, dass wir mit der Finanzierung der Laufenden Rechnung heute ein Problem haben und in nächster Zukunft auch noch haben werden. Übereinstimmend haben Sie festgestellt, dass hier Massnahmen nötig sind. Soweit also der gemeinsame Nenner. Nun geht es um politische Entscheide, das liegt in der Natur der Sache. Deshalb ist es absolut erklärbar, dass jetzt auch Positionen bezogen werden. Die einen wollen zuerst sparen, dann Steuererhöhungen einführen, die anderen wollen sparen, aber keine Steuererhöhungen, andere möchten mehr Steuereinnahmen und weniger sparen. Das war eigentlich zu erwarten. Wir müssen uns einfach überlegen, ob es, in Anbetracht dieser Situation wie wir sie im Moment beurteilen, nicht einen weitergehenden Schritt bräuchte und man aufeinander zugehen sollte. Wahrscheinlich würde es mit den reinen, absoluten Positionen vielleicht eine Stimme mehr oder weniger hier im Einwohnerrat und grosse Diskussionen dann nachher bei einer Volksabstimmung geben. Aber vielleicht haben wir nicht nur im

Stadtrat, sondern auch im Einwohnerrat die Aufgabe, eine tragfähige Lösung zu finden. Der Stadtrat hält sich dafür bereit und wird auch Vorschläge machen. Korrekturfelder in einer solchen Situation sind bekannt und wurden auch erwähnt. Zu den Gründen des Anstiegs des Nettoaufwandes habe ich schon etwas gesagt. Wir messen uns ja immer mit Baden. Zwischen 2004 und 2009 hatten wir in Aarau einen anderen Anstieg des Nettoaufwands als in Baden. Es geht natürlich immer um die Kunst der Auswahl der Zahlen, das hat Herr Hilfiker ja auch bei der Kommentierung der in den Kommissionen präsentierten Zahlen festgestellt. 2004 betrug der Nettoaufwand von Baden 46 Mio. Franken, jener von Aarau 43,3 Mio. Franken. Im Jahre 2009 erhöhte sich der Nettoaufwand in Baden auf 54,7 Mio. Franken, der Aarauer auf 56,4 Mio. Franken. Wenn man die reinen Zahlen vergleicht, haben wir einen Unterschied beim Nettoaufwand von 2 Mio. Franken. Jetzt kann natürlich gefragt werden, weshalb Aarau beim Nettoaufwand soviel zugelegt hat. Aarau war in den früheren Jahren immer tiefer. Ich könnte nun natürlich locker sagen, was in Baden bereits angeboten worden ist, wurde in Aarau nun nachgeholt. Wenn man zum Beispiel, wieder über denselben Zeitraum hinweg gesehen, die reinen Zahlen der Sozialhilfe, welche wir ja als besonderen Punkt geortet haben und dem deshalb auch nachgehen wollen, ausklammert, hatten wir in Aarau im Jahre 2004 41,1 Mio. Franken an Nettoaufwand (ohne Sozialhilfe) zu verbuchen und im Jahre 2009 50,5 Mio. Franken. In Baden waren es 2004 43,7 Mio. Franken und 2009 52,2 Mio. Franken. So weit weg von den Zahlen von Baden sind wir gar nicht, wenn man genau diese Periode vergleichen will. Natürlich könnte man auch eine andere Periode nehmen, dann sähe es vielleicht wieder anders aus. Darauf wollte ich einfach hinweisen. Richtig ist, dass wir in Aarau in dieser Phase eine rasantere Entwicklung hatten. Was in Zukunft auf Aarau zukommt, wird auch auf Baden zukommen. Die absoluten Zahlen halten also durchaus einem Vergleich stand. Bei den Erträgen ist bekannt, weshalb diese tiefer ausgefallen sind, insbesondere bei den juristischen Personen. Es wurde öfters gesagt, dass dies einfach eine Spitze gewesen sei, und mit dem was vom Jahre 2008 bis 2009 passiert sei habe man nicht rechnen können. Aber gerade im Jahre 2008 hat der Stadtrat, gestützt auf diese Spitze, dem Einwohnerrat eine Steuersenkung beantragt. Bei den Investitionen handelt es sich um grosse Pakete, welche bestellt und politisch aufgegleist worden sind. In der Situation, wie sie sich im Januar zeigte, hat der Stadtrat verschiedene Massnahmen getroffen. Diese Massnahmen sind jetzt zum Teil als ungenügend abqualifiziert worden. Das nimmt der Stadtrat nun einmal so hin. Bei den Massnahmen gibt es solche, welche rasch oder mittelfristig umgesetzt werden können und solche, welche vertieftere Abklärungen bedingen. Der Stadtrat hat verschiedene Sachen initiiert und Sie darüber im Einzelnen auch schon informiert. Bevor sich der Stadtrat mit dem Politikplan, den Budgetrichtlinien und der Budgetierung beschäftigte, hat er sich bereits im Voraus an Extrasitzungen mit der finanziellen Situation der Stadt Aarau auseinandergesetzt. Nach mehreren Beratungen fasste er im April Beschlüsse mit Bezug auf den Politikplan, welcher in Ausarbeitung lag und mit Bezug auf den Voranschlag 2012/2013, aber auch mittelfristig, um, wie Sie ebenfalls gesagt haben, eine längerfristige Stabilisierung durch einen breiter und fundierter abgestützten Prozess in Gang zu setzen. Auf die einzelnen Punkte komme ich nicht mehr zurück, die konnte ich schon in den Kommissionen verschiedentlich darlegen. Ich komme nun zur Stellungnahme zu den beiden Planungserklärungen: In der Einleitung der Ratspräsidentin haben Sie richtig gehört, was die Planungserklärungen rechtlich bedeuten, inwiefern sie den Stadtrat binden und wie auch der Einwohnerrat daran gebunden ist. Der Stadtrat hat auch erst heute von diesen Planungserklärungen Kenntnis nehmen und an seiner heutigen Sitzung darüber beraten können. Er hat sich gefragt, wie viel dazu überhaupt schon materiell gesagt werden kann. Der Stadtrat musste feststellen, dass gar keine Diskussion möglich war, da die Auswirkungen über die Dinge, welche mit den Planungserklärungen angestrebt werden, à fonds nicht beurteilt werden können. Wie es vom WOSA-Reglement vorgesehen ist, wird der Stadtrat,

bei einer allfälligen Überweisung der Planungserklärungen und im Hinblick auf den nächsten Politikplan, Überlegungen dazu anstellen. Aus Sicht des Ressortinhabers Finanzen, und nicht abgesprochen im Stadtrat und deshalb auch ohne absolute Verbindlichkeit, gebe ich Ihnen einige Äusserungen dazu: Bei der Planungserklärung "Fonds für Investitionen einsetzen" kann ich Ihnen sagen, dass sich diese Erklärung eigentlich, formalistisch gesehen, auf ein Legislaturziel des Stadtrates bezieht. Natürlich hat das Legislaturziel Eingang gefunden in den Politikplan. Bei einer Überweisung müsste sich der Stadtrat damit auseinandersetzen. Materiell ist es natürlich so, dass Erträge aus dem Fonds grossen Schwankungen unterliegen. Der Verfasser dieser Planungserklärung hat auch genau die "richtigen" Jahre ausgesucht und man kann insofern sagen, dass hier auch selektiv vorgegangen worden ist. Es wurde eine sehr kurze Frist angeschaut. Bei den Zinssätzen in dieser Zeit sieht man schon, dass es "billiger" ist, wenn man das Vermögen abbaut und nicht Schulden macht. Tatsächlich muss bei einer solchen Abwägung auch beachtet werden, dass die Renditeerwartung eines Anlagefonds keine kurzfristige Sache ist, wie dies auch Herr Serratore ausgeführt hat. Es bestehen keine hochspekulativen Anlagen und ich lade Sie alle ein, das Fondsreglement einmal zu studieren. Die Entwicklung der Schuldzinsen ist ebenfalls massgebend und schlussendlich die Differenz zwischen der Rendite und den Schuldzinsen. Hinter dem Ganzen steckt, und ich denke, das ist auch wichtig, eine etwas emotionale oder auch politische Komponente: Die Stadt Aarau ist nach der Verselbständigung der Industriellen Betriebe zu einem handfesten Darlehen, bzw. nach der Rückzahlung, zu Vermögen gekommen. Dieses Kapital ist eigentlich ein angespartes Risikokapital, welches über hundert Jahre geäufnet worden ist. Natürlich kann gesagt werden, wir besitzen jetzt dieses Kapital und senken es nun gleich. Wenn es aufgebraucht ist, schauen wir dann, wie wir Schulden aufnehmen können. Genau das wollte der Stadtrat nicht. Er wollte nicht in den ersten 15 bis 20 Jahren nach Erhalt dieses Vermögens Gelder über die Laufende Rechnung daraus nehmen und das Vermögen verbrauchen. Der Stadtrat möchte das Vermögen im Sinne einer anderen Art von Nachhaltigkeit auch späteren Generationen zur Verfügung stellen können, deshalb der anfängliche Name "Generationenfonds". Er wollte diese Gelder nicht einfach jetzt "konsumieren". Wenn wir über die Laufende Rechnung Geld benötigen, sollte dies einerseits durch die Speisung aus diesem Anlagefonds und andererseits, falls nötig, durch die Aufnahme von Geldern geschehen. Deshalb ist es nicht nur eine rein rechnerische, sondern auch eine geschichtliche Angelegenheit. Das müssen Sie aber selber beurteilen und der Stadtrat wird es auch tun müssen, falls Sie die Planungserklärung tatsächlich überweisen. Ich komme zur zweiten Planungserklärung "Nettoaufwand". Diese lautet folgendermassen: "Der Nettoaufwand der Stadt Aarau soll bis Ende 2013, auf Basis der Rechnung 2010 und des Revisionsberichts zur Rechnung 2010 von Gruber Partner, um 5 %, d. h. um rund 3 Mio. Franken, reduziert werden." Ich lese das so, dass wir im Jahre 2013 eigentlich einen Verwaltungsnettoaufwand haben sollten, welcher 3 Mio. Franken tiefer ist als der Nettoaufwand Ende 2010. Wenn etwas anderes gemeint ist, so bitte ich, das zu erläutern. Wenn das aber so gemeint ist, wie es im Text steht, dann ist es natürlich nicht so, dass einfach 3 Mio. Franken irgendwie eingespart werden müssen, sondern dann sieht das ganz anders aus. Die Planungserklärung fordert eine Reduktion des Nettoaufwands gegenüber der Rechnung 2010 um 5 %, d. h. um 3 Mio. Franken. Der Nettoaufwand hat in der Rechnung 2010 61,9 Mio. Franken betragen und müsste somit um 3,1 Mio. auf 58,8 Mio. Franken reduziert werden. Da muss ich Ihnen einfach sagen, dass man schon Ziele setzen und Forderungen an den Stadtrat stellen kann, aber dieses Ziel ist nun wirklich nicht realistisch. Eine solche Umsetzung würde nämlich dazu führen, dass der Nettoaufwand in diesen zwei Jahren nicht um ca. 3 Mio., sondern um 9 - 10 Mio. Franken reduziert werden müsste, weil der Nettoaufwand nach dem Jahre 2010 vor allem in den Jahren 2011 und 2012 aufgrund nicht beeinflussbarer, externer Faktoren um rund 4,6 Mio. Franken ansteigen wird. Die Pflegefinanzierung verursacht

zusätzliche Kosten von 1,6 Mio. Franken, das Lehrerlohndekret 0,5 Mio. Franken und die Spitalfinanzierung 2,5 Mio. Franken. Das ist der erste Punkt. Nun komme ich zum zweiten Punkt: Im Jahre 2010 sind aus einem einzigen Fall 1 Mio. Franken Erbschaftssteuern eingegangen. Ohne diese ausserordentliche und einmalige Zahlung wäre der Nettoaufwand im Jahre 2010 also um 1 Mio. Franken höher ausgefallen. Der Einwohnerrat hat wiederkehrende Ausgaben von 0,7 Mio. Franken bewilligt, welche im Nettoaufwand 2010 nicht enthalten waren. Da ging es um Stellen für Sozialhilfe, Sozialarbeit, FuSTA, Integration und Sport. Beim Jahr 2010 handelte es sich um das erste Jahr einer zweijährigen Budgetperiode. Erfahrungsgemäss werden im ersten Jahr weniger Kredite beansprucht als im zweiten. Der Nettoaufwand im Jahre 2010 dürfte deshalb tiefer liegen als der Durchschnitt der Rechnungen 2010 und 2011. Fazit: Wenn gegenüber der Basis von 2010, so wie die Planungserklärung formuliert ist, 5 % bzw. 3 Mio. Franken vom Nettoaufwand eingespart werden müssen, würde das bedeuten, dass zusätzlich zu diesen 3,1 Mio. Franken alles, was später dazugekommen ist, auch eingespart werden müsste. Ich wiederhole mich: Das sind die nicht beeinflussbare Erhöhung der gesetzlichen Beiträge von 4,6 Mio. Franken, die vom Einwohnerrat in letzter Zeit bewilligten Stellen von 0,7 Mio. Franken, der ausserordentliche Erbschaftsteuerertrag von 1 Mio. Franken und andere Sachen. Ich gebe diese Erklärung jetzt schon ab: Wenn wir uns an den Wortlaut dieser Planungserklärung halten müssen, die Rechnung 2010 also als Referenz gilt und davon 3,1 Mio. eingespart werden müssen, dann sind wir bei 58 Mio. Franken. Wenn Sie eine andere Erklärung abgeben und sagen, dass wir Ende 2013 nicht bei einem Nettoaufwand von 70,6 Mio. Franken, wie Sie das auf Seite 8 des Politikplans 2011-2015 sehen, sondern nur bei 67,6 Mio. Franken landen dürfen, dann ist das etwas anderes. Das entspräche aber nicht dem Text, wie er uns vorliegt. Sonst müsste gesagt werden, es sei das Planungsziel anzustreben, im Jahre 2013 den Nettoaufwand von 67,6 Mio. Franken nicht zu überschreiten. Dann müsste der Stadtrat bis im Jahre 2013 3 Mio. Franken einsparen. Ein anderes Ansinnen ist nicht realistisch. Das sind einige kritische Bemerkungen zu diesen beiden Planungserklärungen. Sie müssen nun ausformulieren, ob der Stadtrat die Erklärung falsch verstanden hat und anschliessend darüber abstimmen.

Hanspeter Hilfiker: Es ist natürlich nicht so, dass wir auf der Basis der Rechnung 2010 einfach plötzlich Prozentwerte und absolute Werte für die Zukunft miteinander vergleichen würden. Wenn wir ein Sparziel definieren, müssen wir uns ja auf eine konkrete Basis beziehen, welche auch tatsächlich messbar ist. Grundlage ist die Rechnung vom Jahre 2010, zu welcher die entsprechenden Revisionsberichte vorhanden sind. Es soll natürlich nur von der Basis aus gespart werden, welche damals vorhanden gewesen ist. Wir wollen nicht von Ausgaben ausgehen, welche in Zukunft dazu kommen, da wir noch gar nicht genau wissen, wie hoch die sein werden. Die Pflegefinanzierung ist ja wahrscheinlich mit einem viel zu grossen Betrag eingerechnet worden, als er tatsächlich sein wird. Konkret heisst das Ziel, auf der Basis der Rechnung 2010 mit einem Nettoaufwand von 61 Mio. Franken innerhalb zweier Jahre 5 %, oder eben 3 Mio. Franken, bei den 64 Produktgruppen einzusparen. Eine Teuerung ist da natürlich auch enthalten, welche sich separat aufrechnet. Es gibt keine andere Formulierungsmöglichkeit dafür, es muss einfach das Gleiche miteinander verglichen werden. Es ist wirklich nicht so, dass Sachen, welche in Zukunft neu dazukommen, d.h. in der Rechnung 2010 auch noch nicht enthalten waren, mit dieser Planungserklärung abgefangen werden sollen. Das geht nicht, das ist klar. Die Basis ist also wirklich die Rechnung 2010, davon soll der Nettoaufwand über alle Produktgruppen insgesamt 5 % weniger sein. Damit ist das Austarieren auch einfacher. So kann dann der Nettoaufwand um die 3 Mio. Franken über einen doch recht langen Zeitraum hinweg gesenkt werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass bei einer Kostensenkung in einem Unternehmen einfach gesagt wird, in einem Jahre müssten z. B. die

Kosten um 10 % auf der Basis der letzten Rechnung gesenkt werden, und das funktioniert. Wenn wir hier also zwei Jahre lang Zeit haben, funktioniert das mit Sicherheit.

Marcel Guignard, Stadtmann: Ich bin froh um die Erläuterungen. Offenbar ist die Planungserklärung nicht so gedacht, wie sie der Stadtrat verstanden hat. So wie sie der Stadtrat verstanden hat, würde sie zu den Konsequenzen führen, wie ich sie vorhin ausgeführt habe. Das entspricht aber offensichtlich nicht dem Willen der Verfasser der Planungserklärung.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Abstimmung über die Planungserklärung von CVP, FDP und SVP:

Die Planungserklärung lautet:

Der Nettoaufwand der Stadt Aarau soll bis Ende 2013, auf Basis der Rechnung 2010 und des Revisionsberichts zur Rechnung 2010 von Gruber Partner, um 5 %, d.h. um rund 3 Mio. Franken, reduziert werden.

Beschluss

Der Einwohnerrat stimmt der Planungserklärung mit 24 Ja- gegen 23 Nein-Stimmen zu.

Abstimmung über die Planungserklärung von CVP, FDP und SVP:

Die Planungserklärung lautet:

Das Legislaturziel betreffend Anlagefonds (ehem. "Generationenfonds") ist dahingehend anzupassen, dass das flüssige Vermögen für die anstehenden Investitionen einzusetzen ist. Kredite dürfen erst wieder aufgenommen werden, wenn das Vermögen des Anlagefonds vollständig aufgebraucht ist. Entsprechend führt dies in den kommenden Jahren zu einem Abbau der Anlagen im Fonds im selben Ausmass, als Investitionen zu finanzieren sind. Die Organisation der Verwaltung des Vermögens sowie die Anlageentscheide sind dem zu erwartenden Kapitalverzehr anzupassen.

Beschluss

Der Einwohnerrat lehnt die Planungserklärung mit 24 Nein- gegen 22 Ja-Stimmen ab.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich stelle abschliessend fest, dass der Einwohnerrat vom Politikplan 2011 - 2015 Kenntnis genommen hat.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

66. Nachtragskredite 2011, 1. Serie

Mit Botschaft vom 30. Mai 2011 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

Antrag *Der Einwohnerrat möge die Nachtrags- und Zusatzkreditbegehren 2011, 1. Serie, von 600'000 Franken gutheissen.*

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Die FGPK hat dieses Geschäft besprochen, dem Antrag zugestimmt und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Somit eröffnen wir die Diskussion zu diesem Geschäft.

Franziska Graf: Der Neubau des Suhrestegs, der die Aareuferwegteile der Telli und Rohr über die Suhre verbindet, wird von der SP-Fraktion einstimmig unterstützt. Wir begrüßen die Entscheidung des Stadtrates, den Veloweg möglichst direkt zu führen und damit einer Ausführung in den Akten, dass der Umweg über die neue Autobrücke für Velofahrer durchaus zumutbar wäre, nicht Folge leistet. Für uns ist es höchste Zeit, dass hier endlich eine Brücke kommt, die den Anforderungen sämtlicher Langsamverkehrsteilnehmer gerecht wird. Wir möchten hier festhalten, dass wir mit der Verteuerung, der Verzögerung und den gesamten Umständen, die dazu führten, nicht glücklich sind. Das Angebot des Kantons, 50 % der Kosten zu übernehmen, wurde ausgeschlagen. Dafür wurde ein Prozess darüber geführt, ob nun die Stadt oder der Kanton Eigentümerin und somit Kostenträgerin sei. Hier wurde nicht nur der Prozess verloren, sondern auch die Möglichkeit, die neue Brücke kostengünstig in einem Stück anzuliefern. Das wäre gut möglich gewesen, wäre die neue Brücke noch während der Bauzeit des Staffeleggzubringers montiert worden. Uns ist klar: Im Nachhinein kann man gut reden. Der Stadtrat muss sich auf Ratschläge von Fachleuten abstützen können. Dass das einmal schief geht, kann passieren. Die SP-Fraktion möchte hier zwei Punkte festhalten, weshalb wir dieses Vorgehen trotzdem nicht gutheissen und uns in Zukunft vom Stadtrat in ähnlichen Situationen ein anderes Vorgehen wünschen: 1. Egal, ob die Stadt oder der Kanton Eigentümerin ist: Eine Sanierung wird durch Steuergelder finanziert. Für die Bevölkerung macht es keinen Unterschied, aus welcher Kasse das Projekt finanziert wird. Das Volk trägt nun die Kosten für die neue Brücke, die aus der Verzögerung resultierende Verteuerung, die Prozesskosten – wohlverstanden finanziert es beide Parteien, inklusive Anwälte und Berater, sowie das Gericht – und es finanziert die Löhne der am Fall arbeitenden Verwaltungsangestellten beider Seiten. Dass der Steuerzahler hier nun viel mehr als eine neue Brücke finanzieren muss, ist für uns falsch verstandene Sparpolitik. 2. Wir sind der Auffassung, dass die Stadt Aarau dem Kanton gegenüber eine Partnerrolle inne hat. Im Wissen darum, dass es für eine Partnerschaft immer zwei braucht, bitten wir den Stadtrat, in Verhandlungen mit dem Kanton jeweils die beste Lösung für das Volk anzupeilen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die baldige Realisierung dieses Projektes.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Nachtragskredit Konto 4300.00.364.05, Haus und Krankenpflegeverein:

(Gemäss § 19 Abs. 2 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Aarau im Ausstand von Hanna Weiersmüller, Mitglied des Spitexvorstandes)

Beschluss:

Der Einwohnerrat genehmigt diesen Nachtragskredit einstimmig.

Zusatzkredit Konto 6220.G 62.5.025, Suhre-Steg Telli, Projektgenehmigung / öffentliche Auflage:

Beschluss:

Der Einwohnerrat genehmigt diesen Zusatzkredit einstimmig.

Zusatzkredit Konto 1023.17, Zwischen den Toren 2; Ausbau des Dachstockes (Wohnung):

Beschluss:

Der Einwohnerrat genehmigt diesen Zusatzkredit einstimmig.

Diese Beschlüsse unterliegen gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich komme nun zur Verabschiedung von Einwohnerrat Daniel Schneider. Mit Mail vom 7. Juni 2011 hat Daniel Schneider seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat Aarau mitgeteilt. Daniel Schneider war seit dem 24. September 2003 Mitglied im Einwohnerrat. Er hat folgende Vorstösse gemacht:

Amtsperiode 2003 - 2006:

Bewilligungspraxis des Stadtrates im Aarauer Schachen, Kinderspielplatz im Kasinogarten, Ferienheim „Bellavista“, Ftan, Verwendung Erlös aus dem Verkauf des Ferienheim „Bellavista“, Ftan, Stand der Entwicklung im Bereich Aarauer Tagesschule, Russpartikelfilter bei Maschinen und Fahrzeugen

Amtsperiode 2006 - 2009:

Sicherheit in Aarau, Änderung Anhang des Musikschulreglementes, Tagesschul-Strukturen in Aarau, Bonuszahlungen an die Aarauer Lehrpersonen, Einführung der mobilen Jugendarbeit in Aarau, Plakatieren in Aarau, Einsatz von Laubbläser bei der Stadt Aarau, Koordination von Mobilfunksendeanlagen, Kindergartenunterricht

Amtsperiode 2010 - 2013:

Kindergärten Scheibenschachen, Einführung von Dyskalkulie Unterricht

Wir bedanken uns ganz herzlich für all die engagierten Voten hier im Rat. Ein herzliches Dankeschön ebenfalls im Namen der Aarauer Bevölkerung für den grossen Einsatz für unsere Stadt. Wir wünschen Daniel Schneider viel Zeit, dass er all das verwirklichen kann, was ihm vorschwebt und es freut uns zu hören, dass er sich weiterhin in seiner Partei politisch einbringen wird. Ich überreiche ihm gerne sein Wunschgeschenk und wünsche ihm privat und beruflich nur das Allerbeste.

Zum Abschluss noch einige Informationen: Am 30. Juni findet zum zweiten Mal unser Maienzugvorabend-Apéro statt. Wir treffen uns um 18.00 Uhr vor dem Rathaus. Beim Maienzug sind alle herzlich eingeladen, am Umzug mitzulaufen, was uns sehr freuen würde. Wir treffen uns um 8.15 Uhr gegenüber der Stadtbibliothek. Nach dem Umzug findet im Telliring die Morgenfeier statt. Beim Bankett sind für die Mitglieder des Einwohnerrats Tische reserviert. Partnerinnen, Partner und Kinder sind ebenfalls willkommen. Am Abend findet wiederum das Openair Chrutwäje statt. Lockstoff, unsere Lokalband, wird dort ebenfalls auftreten. Das Programm wird wiederum sehr gut sein. Ich möchte noch kurz eine Rückmeldung zu den beiden Anmeldungen geben, welche wir heute Abend in Umlauf gegeben haben: Für das Fassrollen konnte niemand begeistert werden. Beim Fussball haben wir drei Feldspieler, bräuchten jedoch fünf Feldspieler sowie einen Torhüter. Wer sich dafür noch begeistern könnte, kann sich bis am Mittwoch bei Stefan Berner melden. Für das Treffen in Neuenburg werden Sie noch nähere Informationen zum definitiven Programm erhalten. Am 24. September erhalten wir Besuch aus Reutlingen, auch hier wird noch eine Information folgen.

Ich bedanke mich für die engagierten Diskussionen, freue mich, euch am Maienzug wieder zu sehen und wünsche allen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 21.10 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Die Präsidentin:



Angelica Cavegn Leitner

Der Protokollführer:



Stefan Berner